

34. Sitzung des Stadtrates am 11. November 2013

Vermutlich hatte es nichts mit dem Beginn der Karnevalssession zu tun, aber die Anzahl der Demonstranten, die vor dem Rathaus auf die Ankunft der Ratsmitglieder warteten (um Ihnen lautstark ihr Anliegen entgegen zu rufen), hatte sich im Vergleich zu den vergangenen Sitzungen deutlich reduziert. Obwohl inzwischen kaum noch jemand ernsthaft davon ausgehen kann, dass das Factory-Outlet-Center in Hamborn/Marxloh gebaut wird, stellen die FOC-Gegner nach wie vor die größte und lauteste Demonstrationsgruppe. Bürger, die um den Erhalt des Kombibades in Homberg kämpfen, gesellten sich dazu.

Im Mittelpunkt dieser Ratssitzung stand die **Verabschiedung des Haushaltsplans für 2014** und somit die Haushaltsreden aller Fraktionsvorsitzenden. Traditionell schwärmen die „regierenden“ Fraktionen von ihren Leistungen (und „ihrem“ Oberbürgermeister) und die Opposition nutzt die Gelegenheit zur Auflistung der Fehler, des Stillstandes und der Pannen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Mettler verkündete und kommentierte direkt zu Beginn seiner Haushaltsrede das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung. Wenn er die gleiche Rede wie im Mai zum Haushaltsplan für 2013 halten würde, mutmaßte er, würde dies kaum jemand merken, da sich seitdem fast nichts geändert habe. Er zählte die Erfolge (*aus seiner Sicht*) der Rot-Rot-Grünen Kooperation und des Oberbürgermeisters auf. Zum Beispiel bedankte er sich bei OB Link für den Erhalt des Kombibades in Homberg, was schon als ziemlich dreist zu bezeichnen ist, denn es war genau Oberbürgermeister Sören Link und seine Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit, die im vergangenen Jahr beschlossen hatten, dieses Bad zu schließen. Die Problemverursacher stellen sich jetzt also als Problemlöser und Retter dar... Herbert Mettler betonte weiter, dass er keine Alternative zum jetzt vorgelegten Haushaltsplan sehen kann und klagte über fehlende Hilfen aus Berlin und Düsseldorf: *„Wir hier in Duisburg stehen am Ende der Fresskette eines völlig entfesselten Turbo-Kapitalismus“*. Solche Worthülsen hatte man in der Vergangenheit eigentlich immer nur von den Linken vernommen...

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler prangerte in seinem Beitrag an, dass die vorgelegte Haushaltssanierung hauptsächlich durch die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer finanziert sei. Er wies darauf hin, dass Alltours genau nach dem Ratsbeschluss zur Erhöhung der Gewerbesteuer verkündet hatte, die Stadt zu verlassen und die Erhöhung der Grundsteuer immer mehr *„finanziell potente Bürger“* davon abhalte, sich hier niederzulassen. Weiterhin zählte er die zahlreichen brachliegenden Baustellen in der Stadt auf und resümierte, dass Duisburg zusehend an Attraktivität verliere und Investoren verprelle. Natürlich prangerte er auch die teure Renovierung des Büros des Oberbürgermeisters an und erwähnte noch mal, dass CDU und FDP erst im Mai einen Antrag zum Erhalt des Kombibades in Homberg gestellt hatten, der damals kommentarlos von SPD, Grünen und Linken abgelehnt wurde. Nun solle das Bad zwar erhalten bleiben, aber die vorgestellte Gegenfinanzierung durch die Anschaffung eines vierten kommunalen Radarwagens kritisiert er scharf mit den Worten: *„Rasen für das Kombibad“*.

Prof. Dr. Dieter Kantel, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/die Grünen lobte in seiner Haushaltsrede überschwänglich die finanzkräftige Unterstützung durch die Rot-Grüne NRW-Landesregierung. Dennoch sei *„das Erreichte noch lange nicht das Gewünschte“*. Über einen - dem Zuhörer sich nicht erschließenden - rhetorischen Umweg, referierte er dann über die viel zu hohen Cadmium-, Blei- und Nickelbelastungen in Duisburg. Und resümierte letztendlich, dass deshalb die personelle Ausstattung des Umweltamtes erhöht werden müsse. Immerhin stellte er fest, dass weitere Erhöhungen kommunaler Steuern derzeit nicht durchsetzbar wären und vermutete abschließend, dass *„niemand hier im Saal bessere Vorschläge zur Sanierung des Haushaltes hätte“*.

Die Fraktionsvorsitzende der Fraktion die Linke, Martina Ammann-Hilberath verzichtete in ihrer Rede zwar auf die üblichen rhetorischen Griffe in die Klassenkampf-Schublade, trug aber auch nichts Neues zur Debatte bei. So lobte sie langatmig den gefundenen Kompromiss zum Erhalt des Kombibades, betonte betonungslos, dass die Linken Privatisierungen grundsätzlich ablehnen und erklärte, dass durch die beschlossenen Erhöhungen der kommunalen Steuern im letzten Jahr diesmal keine weiteren Sparmaßnahmen gesucht werden mussten... (vermutlich war ihr gar nicht bewusst, dass sie mit dieser Aussage die Kritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden bestätigte...).

Rainer Grün, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der DWG-Fraktion erläuterte, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer schon jetzt zu einem Bumerang für die Stadt werde. Er forderte den OB auf, gegenzusteuern und die kommunalen Steuern wieder zu senken. Er kritisierte, dass keine Stellen in der Stadtverwaltung abgebaut würden, sondern neue geschaffen werden. Er forderte die Zusammenlegung von Umwelt- und Planungsdezernat und die Vermarktung von städtischen Gebäuden durch IMD und Gebag.

Die Haushaltsrede **des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies** war (wieder einmal) die unterhaltsamste aller langatmigen Ritual-Reden. Auch deshalb, weil er seine Kritik nicht nur in eine Richtung lenkte, sondern auch z.B. die fortschreitende „Sozialdemokratisierung“ der CDU anprangerte. Er ging auf den teuren Kauf der STEAG-Anteile durch die Stadtwerke ein. Alle inzwischen bekannten negativen Entwicklungen und Risiken waren nicht nur absehbar, die FDP hatte den Rat damals schon detailliert davor gewarnt: *„...und genau diejenigen, die Aug´ in Aug´ in der Ratssitzung von uns gewarnt wurden, tun jetzt so, als seien sie eiskalt überrascht worden“*. Wilhelm Bies kritisierte weiter, dass der Rat vor einigen Jahren - als es die FDP forderte - nicht bereit war die städtischen RWE-Aktien zu verkaufen, als es sich wirklich noch gelohnt hätte. Oder dass der Rat bisher nicht einmal bereit war, auch nur zu prüfen, ob ein Verkauf der städtischen Klinikum-Anteile möglich wäre – was die FDP seit vielen Jahren beantragt hatte. Er forderte den Oberbürgermeister auf, die Probleme jetzt ideologiefrei anzugehen und nicht reflexartig nach Düsseldorf oder Berlin zu rufen. Weiterhin prangerte er an, dass SPD, Grüne und Linke den Schuldenabbau wieder einmal auf kommende Jahre verschieben: *„Es bedarf keiner Fortschreibung von Schulden, sondern deren schnellstmögliche Auflösung“*.

Die komplette Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies finden Sie auch im Internet unter <http://www.fdp-duisburg.de/FDP-Haushaltsrede-2014.pdf>

Auch **Ratsherr Knut Happel von der BürgerUnion 2004** prangerte in seinem Redebeitrag die Rot-Rot-Grünen Steuererhöhungen an. Satirisch erläuterte er den Plan von Rot-Rot-Grün: in 2012 und 2013 die kommunalen Steuern stark erhöhen, dann aber 2014 keine weiteren Erhöhungen und Sparmaßnahmen beschließen, um dann im Kommunalwahljahr 2014 auf die Vergesslichkeit der geschröpften Bürger zu setzen...

Nach knapp zwei Stunden waren alle Haushaltsreden gehalten - aber natürlich wurde dadurch kein einziges Ratsmitglied beeinflusst oder gar umgestimmt. Es folgten noch 14 Anträge von CDU und DWG zur Veränderung des Haushaltsplans (Senkung von Grundsteuer und Gewerbesteuer, Einführung einer Brötchentaste, Reduzierung städtischer Fahrzeuge, Reduzierung von Bürgermeisterposten, Verkauf des Klinikums, Zusammenlegung von Dezernaten u.a.), die alle kommentarlos von der Ratsmehrheit abgelehnt wurden. **Die endgültige Haushaltssatzung** wurde dann so abgestimmt, wie es zu erwarten war: SPD, Oberbürgermeister, Grüne und Linke stimmten dem vorgelegten Plan zu, FDP, CDU, DWG und Ratsherr Happel stimmten dagegen.

Die meisten Tagesordnungspunkte der weiteren Ratssitzung kann man unter der Überschrift „das Übliche (Wirtschaftspläne, Geschäftsberichte, Bebauungspläne, etc.)“ zusammenfassen, nur noch an wenigen Stellen erhitzten sich die Gemüter.

Zum **„Zukunftsmodell der GMVA-Niederrhein GmbH (Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage)“** kamen erstmals wieder längere Diskussionen auf, obwohl alle Ratsfraktionen betonten, dass sie keine Alternative dazu sehen und der neuen Organisationsform zustimmen werden. Die entscheidenden Fehler bei diesem Thema wurden schon in den 90er Jahren gemacht, als die Kommunen meinten, sie müssten die Müllverbrennung nicht nur forcieren, sondern auch noch „selbst in die Hand nehmen“ und in Eigenregie eine neue Verbrennungsanlage in Oberhausen bauten. Nach einigen Jahren der kommunalen Misswirtschaft war der Schuldenberg so hoch, dass die GMVA vor der Insolvenz stand. Im Jahr 2000 gab es nur noch einen letzten Ausweg über neue Anteilseigner und komplizierte Mülllieferverträge, der sich über 20 Jahre ziehen und nur über steigende und erhöhte Müllgebühren möglich waren.

Jetzt droht der GMVA wieder die Insolvenz, weil die damals vertraglich vereinbarten (erhöhten) Müllgebühren vor ´heutigen´ Gerichten zwar nicht mehr standhalten, aber nach wie vor zur Rückzahlung der langfristigen Schulden erforderlich sind. Die Alternative zur jetzigen Neuorganisation der GMVA wäre die sichere Insolvenz der Anlage. Als (Mit-)Besitzer der GMVA müsste die Stadt Duisburg die noch ausstehenden Schulden begleichen.... Die Zeche müssten also am Ende so oder so die Bürger bezahlen. Dazu käme noch, dass neue Müllentsorgungsverträge mit fremden Firmen dann sicherlich kaum günstiger wären - für die Gebührenzahler. Insofern stand der Rat jetzt vor der Frage: entweder (nach wie vor) erhöhte Müllgebühren hinnehmen oder einen folgenschweren gigantischen Scherbenhaufen für GMVA, Wirtschaftsbetriebe und Stadt produzieren.... Selbst wenn man die Entwicklung und auch die jetzige Rettung scharf kommentieren kann, rational betrachtet konnte keine seriöse Ratsfraktion dagegen stimmen.

Rot-Rot-Grün und die CDU setzen in Duisburg weiter den sogenannten **„Schulkonsens NRW“** um, was bedeutet, dass immer mehr Real- und Hauptschulen geschlossen werden und an diesen Standorten neue „Sekundarschulen“ gegründet werden. Gegen die Stimmen der FDP wurde in dieser Ratssitzung beschlossen, die Realschule II in Hamborn, die Realschule Süd und die Hauptschule beim Knevelshof in Wanheim zu schließen um neue „Einheitsschulen“ zu gründen. Alle Argumente zwischen FDP und ´allen anderen´ wurden bereits ausgiebig im Schulausschuss ausgetauscht. Außerdem fühlt sich die große Mehrheit allein wegen ihrer Überzahl sehr sicher, so dass es im Rat aussichtslos war, das Thema erneut zu debattieren.

Für längere Diskussionen sorgte die geplante Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums, im Stadtarchiv und (später) im Stadthistorischen Museum. Allerdings soll das „NS-Doku-Zentrum“ nun **„Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie“** heißen und nur noch wenig dokumentieren, dafür aber behrend wirken. Zunächst soll für ca. 300.000 Euro ein relativ kahler Schulungsraum eingerichtet werden. In einigen Jahren soll dann eine Ausstellung folgen, die dokumentieren soll, wie sich die NS-Zeit auf Duisburg auswirkte – sofern es genügend Materialien, Zeitzeugen und Dokumente gibt, anhand dessen man etwas dokumentieren könnte... Während Grüne und Linke sich damit überbaten, „Väter und Initiatoren dieser Idee“ zu sein, kündigten CDU und DWG zunächst an, gegen die Einrichtung stimmen zu wollen, weil sie nicht – wie ursprünglich mal geplant – im neuen Stadtfenster neben VHS und Bibliothek errichtet werden soll. Sie bezeichneten den nun geplanten Standort als „abgelegenen Raum im Hinterhof eines Museums“, was dem städtischen Museum im (äußerst beliebten) Innenhafen wirklich nicht gerecht wird. Der CDU-Fraktionsvorsitzende beendete die Diskussion dann auch, indem er erklärte, dass man das Projekt trotz aller Kritik nicht wegen dieser Details scheitern lassen wolle.

FDP-Ratsherr Frank Albrecht begründete ausführlich die ablehnende Haltung der FDP, die sich vor allem darin gründete, dass das geplante „Dokumentationszentrum“ nun nichts mehr dokumentieren soll, sondern offenbar nur noch wie eine städtische Schulungsstelle „gegen Rechts“ fungieren soll, denn linksextreme Menschenrechtsverletzungen und religiös fundamentalistische Gedanken sollen keine Rolle spielen.

Bei den finanziellen Problemen unserer Stadt kann man außerdem trefflich darüber streiten, ob die jährlich veranschlagten 500.000 Euro Unterhaltungskosten nicht für andere Dinge benötigt werden. Und bei aller berechtigten Sorge um ´rechte Tendenzen´ in der Gesellschaft ist in Duisburg (*Gott sei dank*) wirklich nicht erkennbar, dass rechte Gruppierungen zunehmen oder sich in unserer Stadt rechtes Gedankengut vermehrt.

Nach Meinung der FDP-Ratsfraktion sollte die Dokumentation im Vordergrund des Konzeptes stehen, wie es in etablierten Einrichtungen in Köln, Dortmund und Oberhausen auch der Fall ist. Der schulische Teil ergibt sich dann aus der Ausstellung und dem gezeigten Material (Dokumente, Filme, Fotos, Geräte, Kleidungsstücke, damalige Zeitungsartikel, etc.). Da die Initiatoren in Duisburg offenbar den umgekehrten Weg probieren möchten, lehnte die FDP dieses Konzept und somit den Beschluss zur Einrichtung des Zentrums ab, die DWG enthielt sich der Stimme, alle anderen Fraktionen stimmten zu.

Das gleiche Abstimmungsverhalten (FDP dagegen, alle anderen dafür) ergab sich auch beim Bebauungsplan Nr. 1194 - „**ehemalige Sportanlage Mercatorstraße**“. An der Krämerstraße (Nähe Eller-Montan, vor dem früheren Mercatorkreisel) soll eine neue Feuerwache und ein Autohaus mit Werkstätten gebaut werden. Die Anwohner der angrenzenden Zweifamilienhaus-Wohnsiedlung, die seit Jahrzehnten schon die Autosirenen des Polizeipräsidiums und die Geräusche der nahegelegenen Autobahn ertragen müssen, fürchten zusätzlichen Lärm und Durchfahrverkehre. Die FDP hat sich dieser Meinung angeschlossen, zumal die Eigentümer der Autowerkstätten eigentlich ein Grundstück zwischen Hochfeld und Wanheim gekauft hatten und erst durch die Duisburger Stadtverwaltung aufgefordert wurden, ihr Unternehmen stattdessen lieber mitten in einem Wohngebiet in der City zu bauen. Am ursprünglich geplanten Standort, der nahe des „Rhein-Parks“ lag und von Gewerbebetrieben umgeben ist, plant die Stadtverwaltung zukünftig „mehr Grün“. Früher wollte man Gewerbetreibende aus der Stadt in die Gewerbegebiete am Stadtrand drängen, heute nimmt man große Autowerkstätten in einem Wohngebiet in Kauf, um neue Fahrrad- und Wanderwege entlang des Rheins zu begrünen...

An Top 52 stand ein Antrag der FDP-Ratsfraktion zu einem „**Bürgerfreundlicherem Umgang bei Bürgerbegehren**“. Die Nordrhein-Westfälische FDP-Landtagsfraktion hatte im letzten Monat beantragt, die entsprechenden Gesetze so zu verändern, dass ein Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene bereits rechtlich geprüft werde (Formulierungs- und Begründungstext, etc), bevor die eigentliche Unterschriftensammlung beginnt. Denn oft wurden zu Beginn eines Begehrens tausende Unterschriften gesammelt und erst danach stellte die Verwaltung in einer juristischen Prüfung fest, dass bestimmte Formalien nicht anerkannt werden können. Dem Stadtrat blieb dann keine andere Möglichkeit, als das Bürgerbegehrens für unzulässig zu erklären. Wenn die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens bereits vor der Unterschriftensammlung erfolgen würde, könnten Enttäuschungen (und Politikverdrossenheit) vermieden werden. SPD und Grüne lehnten diesen Antrag im Landtag mehrheitlich ab (es war wohl zuviel Bürgernähe...). Die FDP-Ratsfraktion griff den Gedanken aber auf und stellte einen Antrag, wonach sich der Duisburger Stadtrat quasi selbst verpflichten sollte, ein Bürgerbegehren vor der Unterschriftensammlung zu prüfen und für Zulässig zu erklären (wenn die Vereinbarkeit mit Recht und Gesetz gegeben ist). Rechtsdezernent Rabe philosophierte, dass der FDP-Antrag vermutlich gar nicht zulässig wäre, weil der Landtag (mit den Stimmen von SPD und Grünen) einen ähnlichen Antrag beraten und abgelehnt hätte. Es überraschte schon, dass der Duisburger Rechtsdezernent seine juristische Stellungnahme nach einer mehrheitlichen Abstimmung im Landtag ausrichtet... Daraufhin forderte die CDU, den FDP-Antrag zurück zu ziehen oder nicht abstimmen zu lassen. Die Linke erklärte langatmig, dass eine vorzeitige Zulässigkeitserklärung durch den Rat von den Initiatoren eines Bürgerbegehrens als inhaltliche Zustimmung zum Begehren selbst gewertet könne, was zu Missverständnissen führe. Letztendlich stimmten alle anderen Fraktionen (außer DWG) gegen den FDP-Antrag, bestätigten somit alte Vorurteile und leisteten mit ihrer ablehnenden Haltung einen weiteren Beitrag zur allgemeinen Politikverdrossenheit...

Gegen 19:45 Uhr endete diese Ratssitzung, die nächste findet am 9. Dezember 2013 statt.